

Beschlussprotokoll der Delegiertenversammlung vom 3. Dezember 2011 in Luzern

Vorsitz: Christian Levrat
Protokoll: Andrea Bauer
Anwesend: 189 Delegierte und 52 Gäste

Anmerkung des Protokolls:

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Die Delegiertenversammlung wird von Cédric Wermuth, Vizepräsident der SP Schweiz, eröffnet. Speziell begrüsst wird die Delegation aus St. Gallen, die letzten Sonntag mit Paul Rechsteiner einen Ständeratssitz gewinnen konnte.

Anschliessend begrüsst Yvonne Schärli-Gerig, Luzerner Regierungsrätin, mit einer Willkommensrede die Delegierten und Gäste. Es folgt ein weiteres Grusswort von Felicitas Zopfi-Gassner, Präsidentin der SP Kanton Luzern.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss: Es werden folgende StimmzählerInnen gewählt: Luka Markič, Wolfgang Liedtke, Alex Schönenberger, Michelle Stirnimann, Martin Krebs, Arnaud Bouverat, Brigitte Pavan, Martin Pfister

Beschluss: Es werden folgende StellvertreterInnen gewählt: Martin Reichlin, Luzia Mumenthaler, Barbara Wiesmann, Kristina Schüpbach, Martin Schaller, Gaétan Nanchen, Regina Rahmen, Sascha Müller

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss: Monika Bolliger und Verena Loembe werden stillschweigend gewählt.

Tagesordnung

Beschluss: Die aktualisierte Traktandenliste gemäss Tischvorlage wird genehmigt.

Protokoll der DV vom 1. Oktober 2011 in Biel

Beschluss: Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserin genehmigt.

2. Mitteilungen

Der Apéro am Schluss der Delegiertenversammlung wird von Stadt und Kanton Luzern offeriert – herzlichen Dank! Es gibt einen SP-Schiffs-Shuttle, der die Delegierten im Anschluss an die Delegiertenversammlung kostenlos vom Casino zum Bahnhof bringt.

3. Rede Christian Levrat

Das Referat von Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz, kann auf der Website der SP Schweiz www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

4. Managed Care: Unterstützung des Referendums?

Das Thema wird kontradiktorisch behandelt, auf dem Podium sind Silvia Schenker (Nationalrätin SP, BS) und Prisca Birrer-Heimo (Nationalrätin SP, LU). Geleitet wird die Diskussion von Jan Flückiger, Redaktor Neue Luzerner Zeitung.

Ausgangslage

Bereits heute bestehen Pflagenetze, und sie funktionieren allgemein gut. Bei der Managed-Care-Vorlage ging es hauptsächlich darum, deren Entwicklung zu fördern und zu beschleunigen. Die SP anerkennt die Vorteile der integrierten Pflagenetze, deren Ziel es ist, die PatientInnen, insbesondere chronisch Kranke, zum Beitritt zu bewegen. Managed Care will die Pflege koordinieren und unnötige Konsultationen und Analysen vermeiden sowie die Qualität verbessern. Die SP hat dafür gekämpft, dass ein für alle Parteien akzeptabler Kompromiss gefunden werden kann. Ein akzeptabler Kompromiss heisst, dass dieser nicht Partikularinteressen befriedigen, sondern der gesamten Bevölkerung nützen soll. Die vom Parlament verabschiedete Vorlage ist nun aber nicht mehr ausgeglichen und bittet einmal mehr in erster Linie die PatientInnen zur Kasse.

Die Steuerung im Gesundheitswesen wird den Krankenkassen überlassen

Seit langem ist die SP der Meinung, dass das Finanzierungssystem der Gesundheitsdienste für alle Pflegearten, ob stationär oder ambulant, nach demselben Finanzierungsschlüssel erfolgen muss. Ausserdem soll die öffentliche Hand für Planung und Tarifierung im stationären und ambulanten Bereich verantwortlich zeichnen. Mit Managed Care sind es nun aber die Krankenkassen, die am stärkeren Hebel sind. Sie sind es, die mit den integrierten Pflegediensten Verträge abschliessen werden, und da sie vorläufig nicht verpflichtet sind, solche Netze anzubieten, können sie ihre Bedingungen umso leichter durchsetzen. Sie werden somit über einen erheblichen Spielraum verfügen. In diesem Rahmen haben die Kantone im ambulanten Bereich keinerlei Steuerungskompetenzen erhalten. Sie können die integrierten Pflagenetze weder nach qualitativen Kriterien akkreditieren, noch können sie darüber wachen, dass das Angebot vollständig ist. Das vorgesehene System ist völlig intransparent. Den Kantonen bleiben keine Kontrollmöglichkeiten. Tatsächlich werden die Krankenkassen den ambulanten Bereich der obligatorischen Krankenversicherung steuern.

Ständige Erhöhung der von den PatientInnen getragenen Kosten

Um die Leute zu veranlassen, einem integrierten Pflagenetz beizutreten, hat die SP immer auf Anreize statt Strafen gesetzt. Gemäss der Managed-Care-Vorlage werden die Versicherten, die keinem Managed-Care-Modell beitreten wollen, «bestraft» und künftig bis zu einem Gesamtbetrag von 1000.– (gegenüber 700.– heute) einen Selbstbehalt von 15% (gegenüber 10% heute) bezahlen müssen, und dies ohne Aussicht auf Mehrleistungen. Dies benachteiligt insbesondere chronisch Kranke, die sich bereits in einer schwächeren Position befinden. Hinzu kommt, dass die Maximalbeträge des Selbsthalts künftig an die Kostenentwicklung der Krankenversicherung angepasst werden, was rasch zu bedeutenden Erhöhungen führen könnte. Man muss feststellen, dass, während die Krankenkassenprämien jedes Jahr steigen, die von den Versicherten zu tragenden Kosten ständig zunehmen. Zur Erinnerung: Die Neuordnung der Pflegefinanzierung, die neue Spitalfinanzie-

rung, die Streichung von Leistungen des Grundkatalogs (Brillen etc.) sowie die Erhöhung des Beitrags an die Kosten des Spitalaufenthalts von 10.– auf 15.– belasten das Portemonnaie der Kranken immer stärker.

Wahlfreiheit nur für Begüterte

Wer diese Mehrkosten nicht tragen kann – übrigens ohne entsprechende Erweiterung oder Verbesserung der Leistungen – hat keine andere Wahl, als sich einem integrierten Pflegenetz anzuschliessen, sofern in seiner Region ein solches existiert. Diesbezüglich werden die Randregionen stark benachteiligt bleiben. Tatsächlich werden jene, die nicht über die nötigen Mittel verfügen, den Arzt nicht mehr frei wählen können. Dieses Vorrecht wird das Privileg der Begüterten bleiben. Chronisch Kranke werden vielleicht nicht einmal die Möglichkeit haben, das Pflegenetz frei zu wählen, falls ihr Vertrauensarzt, den sie seit Jahren aufsuchen, sich an keinem oder einem anderen Netzwerk beteiligt. Ausserdem wird ihre Wahlfreiheit durch den Abschluss von dreijährigen Verträgen eingeschränkt, die sie nur mit einer Ablösesumme vorzeitig kündigen können, deren Höhe von den Versicherungen festgelegt wird und die, was nicht überrascht, eher hoch angesetzt sein wird. Da die Ärztenetze zudem das Recht haben werden, mit Spitalern und Heimen Exklusivverträge abzuschliessen, könnten PatientInnen gezwungen werden, dort einzutreten, da die Netzwerke mit diesen Einrichtungen äusserst vorteilhafte Verträge abgeschlossen haben, dies trotz der Tatsache, dass die neue Spitalfinanzierung die freie Spitalwahl vorsieht.

Schlussfolgerung

Die Gleichung «Managed Care = generelle Senkung der Krankenkassenprämien» ist ganz einfach falsch. Im Gegenteil: Es ist illusorisch zu glauben, dass diese Revision des KVG die Gesundheitskosten bei gleich bleibender Qualität senken wird. Denn die wirklichen Kostenfaktoren, die insbesondere von der Pharmaindustrie und der Bürokratie der Krankenkassen verursacht werden, bleiben unverändert. Diese Vorlage, wie sie verabschiedet wurde, wird die Sparpolitik im Gesundheitsbereich verstärken und bildet einen weiteren Schritt hin zu einer Verkommerzialisierung des Gesundheitssystems. Schritte hin zu einem ungerechten System, das mehr auf Profit als auf das Patientenwohl ausgerichtet ist. Schritte hin zu einer Zweiklassenmedizin, einer Entwicklung, der sich die SP vehement widersetzt.

Antrag der Geschäftsleitung: Unterstützung des Referendums

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Referendum gegen die Managed-Care-Vorlage wird im Sinne der Geschäftsleitung mit 124 gegen 54 Stimmen bei 5 Enthaltungen unterstützt.

5. Für einen Volksentscheid gegen Kampfjet-Milliarden – für mehr Bildung und Zukunftschancen

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz (DV) bekräftigt die an der Bieler DV vom 1. Oktober 2011 verabschiedete Resolution über ein entschiedenes Nein zu Kampfjet-Milliarden.

Evi Allemann, Nationalrätin BE, und Eric Voruz, Nationalrat VD, stellen das Kurz-Positionspapier vor.

Die Geschäftsleitung (GL) soll ermächtigt werden, die eingeleiteten Gespräche und Verhandlungen mit Parteien und mit den von drohenden Sparmassnahmen betroffenen Kreisen fortzusetzen und im Rahmen einer breiten Koalition das Referendum zu ergreifen oder – falls nötig – die gemeinsame Lancierung einer Initiative zu unterstützen:

1. Wir ergreifen das **Referendum**, falls das Parlament zur Finanzierung neuer Kampfjets und einer überteuerten Armee eine gesetzliche Grundlage für ein Sparprogramm und / oder einen mehrjährigen, entsprechend überhöhten Armeepfands vorlegt.
2. Wir lancieren eine **Volksinitiative**, falls sich abzeichnet, dass wir mit einem Referendum zu spät wären und so die Milliarden-Beschaffung neuer Kampfjets nicht verhindern könnten.

Die Volksinitiative hat folgende Stossrichtung (der genaue Wortlaut muss noch mit den Koalitionspartnern abgestimmt werden):

Volksinitiative gegen neue Kampfflugzeuge (Moratorium)

Die Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge (Moratorium)» hat folgenden Wortlaut:
Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 9 (neu)

Übergangsbestimmung zu Art. 60 (Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Armee)

¹ Der Bund beschafft bis zum 31. Dezember 2025 keine neuen Kampfflugzeuge.

² Als neu gelten Kampfflugzeuge, deren Beschaffung zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 31. Dezember 2025 erfolgt.

Antrag der Geschäftsleitung: Annahme des Kurz-Positionspapiers

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Kurz-Positionspapier wird im Sinne der Geschäftsleitung einstimmig angenommen.

6. Regierungsbeteiligung

Die Resolution des PS Ticino wird an einer nächsten DV zur Diskussion stehen.

Resolution der GL zur Regierungsbeteiligung der SP Schweiz

R-1: Politik für alle statt für wenige – als Oppositions- und Regierungspartei

Die SP ist und bleibt Regierungs- und Oppositionspartei. Sie kämpft mit ihren Initiativen ausserhalb der Regierung für ihre Anliegen. Und sie vertritt mit Referenden auch immer wieder Positionen gegen die Regierung. Gerade in der kommenden Legislatur wird die SP mit Hilfe direktdemokratischer Mittel die Politik prägen:

- Die SP wird es nicht zulassen, dass Liberalisierungen und Privatisierungen Einzug halten.
 - Die SP will ein flächendeckendes Poststellennetz für alle statt Privatisierungsgewinn für ganz wenige. Die SP setzt auf ihre im vergangenen Jahr eingereichte Postinitiative.
- Sie wird es nicht zulassen, dass die Umsetzung des AKW-Ausstiegs torpediert wird.
 - Die SP will 100'000 neue Arbeitsplätze dank Investitionen in erneuerbare Energien statt Geld für die Atomlobby. Die SP setzt auf ihre cleantech-Initiative.
- Sie wird es nicht zulassen, dass Sozialabbau betrieben wird.
 - Die SP will ein sozial flexibles Rentenalter für alle und keinen Rentenabbau. Die SP war mit dem Referendum vergangenen Frühling gegen den Rentenklau erfolgreich. Und sie wird auch in Zukunft mit Referenden dafür sorgen, dass es zu einem Umbau und nicht zu einem Abbau bei der AHV kommt.
- Sie wird es nicht zulassen, dass einige wenige immer reicher werden und die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht.

- Die SP will mehr Lohn für alle statt weiterhin Lohnexzesse einiger Abzocker. Die SP setzt auf die 1:12-Initiative der Juso und fordert mit der mit den Gewerkschaften lancierten Mindestlohn-Initiative einen minimalen Lohn für 100% Arbeit. Und sie setzt auf mehr Steuergerechtigkeit mit der gemeinsam mit Partnern lancierten Initiative für eine nationale Erbschaftsteuer.
- Sie wird es nicht zulassen, dass die Krankenkassen- und Pharmalobby die Gesundheitspolitik diktiert – und die Prämienzahlenden und PatientInnen darunter leiden.
 - Die SP will eine öffentliche Gesundheitskasse – wie die gleichnamige SP-Initiative dies fordert.

Die SP will gleichzeitig ihre Politik aber auch in Zukunft in der Regierung vertreten. Die SP Schweiz ist die einzige Partei, welche sich in der Regierung gegen Sonderinteressen und für eine Politik im Interessen der ganzen Bevölkerung einsetzt. Die SP ist in der Regierung, weil sie die Einflussmöglichkeiten schätzt, welche diese uns eröffnet. Die SP ist sich bewusst, dass sie nur zwei von sieben Bundesratssitzen hat und daher seit je in einer Minderheitenposition ist. Trotzdem ist es besser, im Bundesrat zu sein als im Vorzimmer auf dessen Entscheide zu warten. Die SP will mehr Einfluss, nicht weniger. Die SP möchte gestalten und ihre Politik für die ganze Bevölkerung durchsetzen.

Die SP geht gestärkt aus den Wahlen hervor. Mit insgesamt 7 Sitzgewinnen – drei im Ständerat und vier im Nationalrat – ist sie die einzige der fünf etablierten Parteien, die in Sitzen zulegen konnte. Damit ist ihre Doppelvertretung im Bundesrat noch eindeutiger gegeben als bereits vor den Wahlen. Diese Doppelvertretung ist zentral: Nur wenn die SP mit der nötigen Stärke im Bundesrat vertreten ist, kann sie wirkungsvoll ihre Rolle wahrnehmen und ihre Politik für die ganze Bevölkerung einbringen.

Für die SP ist klar: Das Abwählen oder das Nichtwählen eines SP-Bundesrates wäre ein direkter Angriff auf die Konkordanz, auf eine starke Vertretung der ArbeitnehmerInnen, der MieterInnen, der öV-BenutzerInnen, der KonsumentInnen in der Landesregierung. Es wäre ein Angriff mit dem Ziel, diese Anliegen in der Regierung zu schwächen, die SP und ihre WählerInnen zu marginalisieren. Falls einer solcher Angriff erfolgreich sein würde, würde die SP umgehend zu einem ausserordentlichen Parteitag einladen. Dieser würde am 11. Februar in Bern stattfinden und definitiv über die Frage des Verbleibs in der Regierung entscheiden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird im Sinne der Geschäftsleitung einstimmig bei 2 Enthaltungen angenommen.

Resolution der JUSO Schweiz

R-2: Für eine sozialdemokratische Politik Verantwortung übernehmen

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist klar: Als sozialdemokratische Partei muss die SP Schweiz für den demokratischen Sozialismus und für die Überwindung des Kapitalismus auch innerhalb des kapitalistischen Systems und innerhalb des kapitalistischen Staates kämpfen. Im Wissen, dass der Kapitalismus nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Gesellschaftssystem ist, wollen wir die Machtverhältnisse auf allen Stufen zu unseren Gunsten und zu Gunsten einer freien und demokratischen Ordnung verändern. Durch gesellschaftliches Bewusstsein, durch Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften und durch die Eroberung von politischer Macht innerhalb des Staates. Insbesondere durch die Übernahme von Verantwortung in den demokratischen Institutionen. Dies im Bewusstsein, dass der kapitalistische Staat immer auch ein Abbild der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der ungerechten Verteilung des Kapitals und der Ressourcen ist.

In der Schweiz wird Politik heute vor allem für Banken, Grosskonzerne und Superreiche gemacht. Die Finanzindustrie wird nicht reguliert, sie macht weiterhin enorme Gewinne, während Verluste von der Gesellschaft getragen werden müssen. Die soziale Verantwortung für die risikoreichen Spekulationsgeschäfte wird aus Profitlogik einfach abgeschoben. Zwischen den Kantonen herrscht ein ruinöser Steuerwettbewerb, der zu immer weiter sinkenden Steuern für Unternehmen und Superreiche führt, und das in Zeiten, in denen die Staatsschulden sich auf türmen. Der «freie Markt» hat uns soweit gebracht, dass unsere Demokratie von Kapitalinteressen unterwandert wird, der Sozialstaat zurückgedrängt wird und die Ungleichverteilung des Reichtums ungekannte Ausmasse annimmt. Der Bundesrat als Exekutive der Schweiz hat diese Entwicklung stets unterstützt und teilweise bewusst forciert.

Vor diesem Hintergrund muss sich die SP die Frage stellen, ob eine Beteiligung an einer solchen bürgerlichen Regierung noch zielführend und verantwortbar ist. Entscheidendes Kriterium hierfür muss zu jeder Zeit die Frage sein, ob die SP ihre Interessen klar vertreten und ihre Ziele umsetzen kann, oder ob sie der bürgerlichen Regierung nur zusätzliche Legitimation verleiht, die das sozialdemokratische Projekt gleichzeitig nicht voran bringt, oder gar schwächt.

Bereits mit ihrem Eintritt in den Bundesrat 1943 stand die SP vor dieser Frage. Vor dem Hintergrund der faschistischen Bedrohung erklärte sich die SP in den 30er Jahren zu einer engeren Zusammenarbeit mit den gemässigten bürgerlichen Kräften bereit und bekannte sich 1935 zur bewaffneten Landesverteidigung. Nach dem die SP bei den eidgenössischen Wahlen 1943 stärkste Kraft wurde, war ihr Anspruch auf einen Sitz im Bundesrat bis weit ins bürgerliche Lager nicht mehr zu leugnen. Ernst Nobs wurde erster sozialdemokratischer Bundesrat. Bereits 1953 trat die SP allerdings mit Max Weber nach der gescheiterten Bundesfinanzreform wieder aus dem Bundesrat aus. Die SP ging in die Opposition. Nach dem Rücktritt von gleich vier Bundesräten im Jahr 1959 einigte sich die SP mit den drei bürgerlichen Bundesratsparteien auf die Zauberformel, die der SP zwei Sitze sicherte. Seither ist die SP ständig mit zwei Mitgliedern im Bundesrat vertreten. In ihrer Zeit im Bundesrat konnte die SP zahlreiche Erfolge verbuchen. Etwa die Einführung der AHV und des Frauenstimmrechts, die Stärkung der Sozialwerke und die Einführung der Mutterschaftsversicherung.

Neben diesen und weiteren augenfälligen Errungenschaften seit dem Entscheid für die Regierungsbeteiligung, war es der SP möglich, die SP-Departemente mit Mitarbeitern der SP zu besetzen, welche im Hintergrund die Arbeit der Bundesrätinnen und Bundesräten nach sozialdemokratischen Idealen vorbereiteten konnten.

Für die JUSO ist deshalb klar: Eine Regierungsbeteiligung der SP – und ein Bundesratsbeteiligung im Speziellen – kann ein sinnvolles und zielführendes Mittel zum Zweck der Erfüllung sozialdemokratischer Politik sein. In der aktuellen politischen Lage wäre eine Preisgabe der politischen Macht im Bundesrat leichtsinnig und unverantwortlich. Insbesondere, um einen Angriff der neoliberalen Ideologinnen der politischen «Mitte» auf soziale Errungenschaften abzuwehren, braucht es eine starke SP.

Die JUSO fordert deshalb:

- Die SP darf sich aber nicht um jeden Preis an der Regierung beteiligen. Ein Minimalkonsens der beteiligten Parteien muss die Grundlage für eine gemeinsame Regierung sein. Dieser muss eine Gesellschaft der Demokratie und Gleichberechtigung und Rechtsgleichheit beinhalten. Die SP muss für den Fall, dass keine solche Grundlage zustande kommen sollte oder diese massiv verletzt wird, immer auch eine Strategie für eine Politik ohne Regierungsbeteiligung bereithalten.
- Die SP verbleibt nur so lange im Bundestat, wie sie auch innerhalb des Gremiums reale Veränderungen im sozialdemokratischen Sinne bewirken kann.
- Ein Verbleib der SP im Bundesrat darf nicht zu inhaltlichen Konzessionen in ihrem Programm führen. Das Nein der SP zur Armee am Lausanner Parteitag und alle weiteren Beschlüsse dürfen nicht durch Kompromisse geschwächt werden, die in einem Gegensatz zu unseren Positionen und Werten stehen.
- Die Übernahme von Verantwortung im Bundesrat bürdet den SP-BundesrätInnen, Regierungsrätinnen und lokalen ExekutivpolitikerInnen auch Verantwortung für eine bürgerliche Politik auf, nicht aber der Partei.
- Die SP-BundesrätInnen stehen in intensivem Kontakt zur Basis. Sie verantworten sich an jedem Parteitag für ihre Arbeit im Bundesrat und werden von den Delegierten in einer Vertrauensabstimmung in ihrem Amt bestätigt.
- Die SP muss proportional zu ihrer Stärke im Parlament in der Regierung vertreten sein.
- Die Regierungsmitglieder müssen den Kampf der SP teilen und sich ihrer Rolle als Vertreterin in einer bürgerlichen Regierung voll bewusst sein.
- Über die Regierungsbeteiligung muss innerhalb der SP eine ständige Diskussion geführt werden. Die Frage kann nie abschliessend beantwortet werden und muss daher offen und demokratisch zur Disposition stehen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Der zentrale Teil der Resolution sind zweifelsohne die Forderungen. Mit diesen ist die GL der SP Schweiz einverstanden.

Mit zwei kleinen Ausnahmen:

Den Punkt 3 des Forderungskatalogs möchte die GL ganz allgemein formulieren: «Inhaltliche Forderungen oder inhaltliche Konzessionen passen nicht in das System der Konkordanz. Die Kandidierenden der jeweiligen Parteien vertreten diese im Bundesrat. Der Verbleib der SP im Bundesrat darf daher nicht mit irgendwelchen inhaltlichen Konzessionen verbunden sein.»

Beim Punkt 5 des Forderungskatalogs möchte die GL den letzten Halbsatz weglassen. «Die SP-BundesrätInnen werden von den Delegierten in einer Vertrauensabstimmung in ihrem Amt bestätigt.» Es ist wichtig, dass es einen engen Kontakt zwischen BundesrätInnen und der Basis gibt und auch die SP-BundesrätInnen jeweils am Parteitag anwesend sind. Es kann aber nicht die Aufgabe der Delegierten sein, die BundesrätInnen wieder zu wählen.

Mit den übrigen Forderungen ist die GL der SP einverstanden. Die Einleitung der Resolution, insbesondere die Sprache, würde die GL etwas anders formulieren.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution der JUSO wird im Sinne der Geschäftsleitung in modifizierter Form angenommen.

Resolution von Ruedi Tobler, SP Vorderland

R-3: Die SP Schweiz will eine Konkordanzregierung

Die SP Schweiz setzt sich ohne Vorbehalt und mit allen Kräften für eine Erneuerung der Konkordanz nach den eidgenössischen Wahlen ein.

Es gibt kaum ein Thema, zu dem in den letzten Jahren mehr Mythen, Halbwahrheiten und dreiste Lügen verbreitet worden sind. Wie schon der Name sagt, war die Konkordanz nie ein zahlenmässiges Machtkartell, um die Bundesratssitze nach Fraktionsstärken auf die grossen Parteien zu verteilen. Ihre Wurzeln hat sie in den Dreissigerjahren, als es darum ging, die Schweiz aus der grossen Weltwirtschaftskrise herauszuführen und die Bedrohung durch den Faschismus wie auch den Stalinismus abzuwehren. Die drei tragenden Säulen der Konkordanz waren denn auch sozialer Ausgleich statt Klassenkampf (mit dem «Arbeitsfrieden»), militärische Landesverteidigung und vor allem die klare Abgrenzung von den totalitären Ideen und Nichtzusammenarbeit mit solchen Strömungen. So wurde der SP erstmals 1943 ein Sitz im Bundesrat zugestanden. Und es dauerte noch bis 1959, bis unsere Partei ihrer Stärke entsprechend im Bundesrat vertreten war. In der Nachkriegszeit wurde auch eine vorsichtige Öffnung gegenüber internationalen Organisationen zur Basis der Konkordanz.

Es ist verständlich, dass die in die Jahre gekommene Konkordanz Abnützungserscheinungen zeigte, umso mehr als die Wirtschaft einige Zeit florierte und mit dem Zusammenbruch des Ostblocks die letzten «Feinde» aus Europa verschwanden und ein Zusammenstehen in der Abwehr gegen äussere Bedrohungen nicht mehr nötig ist. Zwangsläufig hat sich damit die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung in der Sicherheitspolitik ergeben, um die noch immer gerungen wird. Und seit es in der Sozialpolitik nicht mehr darum geht, wie der «wachsende Kuchen» verteilt werden soll, sind die Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der sozialen Sicherheit härter geworden. All dies hätte die Konkordanz nicht in ihrem Kern getroffen.

Aber seit sich Christoph Blocher zum Führer der SVP aufgeschwungen und diese Partei gemeinsam mit anderen Multimillionären faktisch aufgekauft und privatisiert hat, hat er sie von einer gutbürgerlichen zu einer Rechtsaussen-Führerpartei transformiert. Abgrenzung gegen rechts aussen und Berührungsgängste mit rassistischen Milieus sind ihm fremd. Damit ist die Konkordanz systematisch in ihrem Kerngehalt ausgehöhlt und zerstört worden. Da die Konkordanz nicht auf einer formellen Vereinbarung beruht, konnte auch keine formelle Verletzung eingeklagt werden. Unsere Partei hat zwar immer entschieden diese Politik der SVP bekämpft, aber wir haben sie wohl zu wenig als Zerstörung der Konkordanz angeprangert. Viel schlimmer ist allerdings das Lavieren von FDP und CVP. Keine dieser Parteien hat es gewagt, sich unzweideutig gegen die Anmassung der SVP zu wehren, ihr rechtsextremer Propagandafeldzug – untermalt mit Plakaten im Nazistil – sei «bürgerlich» und klar gemacht, dass bürgerliche Politik ihre Grundlage in den Menschenrechten und im Respekt vor Andersdenkenden hat. Sie hätten auch die «anständigen» SVPLer moralisch unter Druck setzen müssen, die Rechtsaussenpartei zu verlassen und in eine bürgerliche Partei zu wechseln. Mit ihrem Schwindel mit dem Volk, den die SVP in diesem Wahljahr bereits zum zweiten Mal aufführt, demonstriert sie ausdrücklich, dass es ihr nicht um Dialog mit der Bevölkerung und die Vertretung ihrer Interessen geht, sondern dass das Volk für sie lediglich Kulisse für Selbstinszenierung bildet, wie es im nördlichen Nachbarland in seiner schlimmsten Zeit vorgelebt worden ist.

Spätestens 2003 mit der Abwahl von Ruth Metzler aus dem Bundesrat und der Wahl von Christoph Blocher an ihrer Stelle wurde die Abkehr von der Konkordanz besiegelt. Zwar erfolgte 2007 dank dem Einsatz unserer Fraktion eine erfreuliche Teilkorrektur mit der Nichtwiederwahl des SVP-Führers in den Bundesrat. Aber das war keine Rückkehr zur Konkordanz.

Die unglaubliche Reaktion auf die Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf zeigte nochmals die Konkordanzunfähigkeit der SVP. In Manier eines Schauprozesses, wie er von totalitären Regimes aller Couleur bekannt ist, wurde die von der Bundesversammlung rechtmässig gewählte Bundesrätin als

«Verräterin» abgestempelt und in Sippenhaftung eine ganze Kantonalpartei ausgeschlossen. Hätte dies nicht das Ende der Beteiligung der SVP im Bundesrat sein müssen?

Ausgerechnet zum 50-Jahr-Jubiläum von Max Frischs eindrücklicher Warnung vor der Verharmlosung politischer Brandstifter wurde 2008 der SVP-Brandstifter vom Dienst, Ueli Maurer, wenn auch knapp, in den Bundesrat gewählt. Sein Doppelspiel hat bereits zur Blockade bei der Weiterentwicklung der Armeekonzeption und zum offenen Feuer in Bezug auf die Militärausgaben geführt. So darf es nicht weitergehen.

Nach all ihren Eskapaden gegen die Konkordanz behauptet die SVP nun unverfroren, sie stehe zur Konkordanz und habe Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat. Das kann ja nicht wahr sein.

Die anstehende Bundesratswahl im Dezember droht zum Tummelfeld für intransparente Machtspiele oder zur Lotterie zu werden. Das kann nur verhindert werden, wenn sich alle verantwortungsbewussten Parteien gemeinsam auf das politische Erfolgsrezept der Schweiz im abgelaufenen Jahrhundert zurückbesinnen: die Konkordanz. Dafür braucht sie eine Erneuerung mit der Ausrichtung auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts:

- Langfristige Sicherung von sozialer Sicherheit und Gesundheitsversorgung.
- Verpflichtung auf Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung, die nicht auf Kosten künftiger Generationen geht (erneuerbare Energien, schonender Umgang mit Ressourcen, ökologische Landwirtschaft, Ausgleich zwischen Nord und Süd) – mit aktiver Beteiligung an der Weiterentwicklung der Weltgemeinschaft.
- Verwirklichung der Menschenrechte als Grundlage für die Weiterentwicklung von Demokratie und Rechtsstaat.
- Ausrichtung der Friedens- und Sicherheitspolitik auf menschliche Sicherheit und kollektive Sicherheit im Rahmen der UNO und ihrer Regionalorganisationen.

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 1. Oktober 2011 in Biel verpflichtet die zuständigen Gremien der Partei – insbesondere die Geschäftsleitung und die Fraktion in den Eidgenössischen Räten –, sich bereits im verbleibenden Wahlkampf, vor allem aber im Hinblick auf die anstehenden Bundesratswahlen mit allen Kräften und konsequent für die skizzierte Erneuerung der Konkordanz einzusetzen und dafür schon jetzt das Gespräch mit den «konkordanzfähigen» Parteien zu suchen. Gemeinsam mit jenen Parteien, die sich ebenfalls auf die Konkordanz verpflichten, sollen sie für eine ausgewogene Zusammensetzung des Bundesrates unter Ausschluss der SVP sorgen.

Sollte eine solche tragfähige Lösung nicht zustandekommen, wird so oder so ein ausserordentlicher Parteitag nötig sein, um über die weitere Regierungspolitik unserer Partei zu befinden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnen.

Begründung: Konkordanz bedeutet die Vertretung der zentralen politischen Kräfte in der Regierung. Die SP hat sich in der Vergangenheit immer an diese Definition der Konkordanz gehalten. Das hat sich bewährt. Dies auch im Wissen darum, dass sonst die Gefahr gross ist, dass bald schon die SP (anstelle der SVP) nicht mehr in der Regierung vertreten sein könnte. Eine Regierung ohne SVP wäre eine Koalitionsregierung und damit ein Wechsel zu einem System von Regierung und Opposition. Das verträgt sich auch nur schwer mit dem System der direkten Demokratie. Aus diesen Gründen schlägt die GL vor, auf dieser Position zu bleiben und die Resolution abzulehnen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution R-3 wird im Sinne der Geschäftsleitung abgelehnt.

7. Ersatzwahl Präsidium (VizepräsidentIn)

Christian Levrat dankt Cédric Wermuth für seine Arbeit als Vizepräsident der SP Schweiz. Im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Cédric Wermuth gibt es eine Vakanz im Vizepräsidium der SP Schweiz. Für den frei werdenden Sitz wurde fristgerecht die Kandidatur von David Roth, Präsident der JUSO, eingereicht.

Beschluss der Delegiertenversammlung : David Roth, Präsident JUSO Schweiz, wird ohne Gegenstimme gewählt.

8. Parolenfassung für die eidgenössischen Abstimmungen vom 11. März 2012

I. Bundesgesetz über die Buchpreisbindung

Beschluss der Delegiertenversammlung : Die Delegierten beschliessen mit grossem Mehr bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen die Ja-Parole.

II. Eidgenössische Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)»

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig bei einer Enthaltung die Nein-Parole.

III. Eidgenössische Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen mit grossem Mehr bei einer Gegenstimme die Ja-Parole.

IV. Eidgenössische Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

Beschluss der Delegiertenversammlung : Die Delegierten beschliessen mit grosser Mehrheit bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung die Ja-Parole.

V. Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)

Beschluss der Delegiertenversammlung : Die Delegierten beschliessen einstimmig die Ja-Parole.

9. Konzeptpräsentation SP 60+

Marianne de Mestral stellt mit einer Folienpräsentation das Konzept für eine SP 60+ vor, welches von der Geschäftsleitung der SP Schweiz unterstützt wird. Die Delegierten nehmen das Konzept SP 60+ stilschweigend zur Kenntnis.

10. Budget 2012

Die Geschäftsleitung beantragt der Delegiertenversammlung, das Budget für das Jahr 2012 wie vorliegend zu genehmigen.

Beschluss Delegiertenversammlung: Das Budget 2012, der Investitionsplan und der Finanzplan werden genehmigt.

11. Resolutionen

Resolution der SP Waadt

Für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Standorte von Novartis. Nein zur Geldgier bei Novartis!

Zwei Tage nach den eidgenössischen Wahlen kündigte Novartis ohne jede vorgängige Rücksprache mit den Angestellten oder den Behörden einen drastischen Stellenabbau an. Insgesamt 1100 Arbeitsplätze sollen in der Schweiz verschwinden: 760 im Kanton Basel-Stadt und 350 im Kanton Waadt. Den Standort Prangins-Nyon (VD) will Novartis schliessen. Es wäre jedoch völlig verfehlt anzunehmen, das Unternehmen befinde sich in irgendwelchen Schwierigkeiten. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erzielte Novartis Rekordergebnisse: Der Umsatz stieg um 20 Prozent, und es wurde ein Reingewinn von über 10 Milliarden Dollar erwirtschaftet.

Die SP ist entrüstet darüber, dass die Geldgier der Aktionäre hochrentable Unternehmen dazu bringen kann, ihre Angestellten zu opfern. Jene Angestellten wohlverstanden, ohne die ein solch gutes Geschäftsergebnis gar nicht möglich gewesen wäre. Die soziale Verantwortungslosigkeit von Novartis könnte einschneidende Folgen für den Industriestandort Schweiz haben. In der derzeitigen wirtschaftlichen Krise könnte dieses Beispiel bei anderen Grossunternehmen Schule machen, die sich ebenso wenig um die sozialen Konsequenzen ihrer Entscheidungen kümmern. Novartis begründet den geplanten Stellenabbau mit den höheren Kosten in der Schweiz. Dabei unterschlägt der Basler Multi jedoch, dass er heute in unserem Land wegen der beschränkten Parallelimporte von erheblichen Vorteilen profitiert. Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten werden von einem Unternehmen übervorteilt, das vorgibt, nichts von den ihm zugestandenen Privilegien zu wissen.

Aus diesen Gründen fällt die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz folgende Beschlüsse :

- Die SP Schweiz appelliert an Novartis, auf ihren Entscheid zurück zu kommen und diese für die Basler und Waadtländer Industrie wichtigen Arbeitsplätze zu erhalten. Die ungerechtfertigte Schliessung des Novartis-Standorts in Nyon-Prangins lehnt die SP entschieden ab.

- Die SP Schweiz bezeugt in dieser Zeit der Ungewissheit ihre Solidarität mit den Angestellten von Novartis. Sie unterstützt die Aktionen der Gewerkschaft UNIA vor Ort und die von der UNIA lancierte Petition. Die SP verteilt die Petition unter ihren Mitgliedern.
- Die SP Schweiz unterstützt die Behörden des Bundes und der betroffenen Kantone, welche den Erhalt der bedrohten Arbeitsplätze fordern und sich gegen die Schliessung des Standorts Nyon wehren. Sie ruft die Behörden auf, in dieser Angelegenheit keinerlei Zugeständnisse zu machen.
- Die SP Schweiz bekräftigt, dass Schweizer Unternehmen, denen auf Gesetzesebene oder in finanzieller Hinsicht Vorteile zugestanden werden, sich im Gegenzug zwingend ihrer sozialen Verantwortung bewusst sein müssen. Novartis profitiert konkret von einer Beschränkung der Parallelimporte und den Vorschriften des Patentrechts. Wenn Unternehmen wie Novartis deshalb ihre soziale Verantwortung nicht wahrnehmen, können die Vorteile, von denen solche Firmen profitieren, auch nicht mehr vor dem Schweizer Volk gerechtfertigt werden.
- Die SP Schweiz beauftragt die sozialdemokratische Bundeshausfraktion, die Rechte der Angestellten bei Massenentlassungen zu stärken. Sie soll sich dafür einsetzen, dass derartige Stellenkürzungen bei finanziell gesunden Unternehmen nicht mehr möglich sind. Die entsprechenden Gesetzesvorschläge sollen auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erarbeitet werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird im Sinne der Geschäftsleitung mit der Modifikation in Zeile 3 *in der Region Basel* statt *im Kanton Basel-Stadt* einstimmig angenommen.

12. Varia

Kristina Schüpbach, Zentralsekretärin der JUSO Schweiz, weist auf die SMS-Spendenaktion der JUSO hin. Die JUSO wurde von Daniel Vasella aufgrund eines Plakats zur 1:12-Initiative verklagt. Das Gericht hat Vasella in erster Instanz recht gegeben und der JUSO die Anwalts- und Verfahrenskosten von 22 000 Franken aufgebürdet. Die JUSO wird das Urteil auf jeden Fall weiterziehen, ist dabei aber auf Spenden angewiesen. Wer die JUSO unterstützen möchte, kann dies mit einem SMS mit dem Vermerk «Vasella» und der Höhe der Spende an die Nummer 339 tun.

Schluss der Delegiertenversammlung: 15 Uhr

Für das Protokoll: Andrea Bauer